



Österreichische Liga
für Menschenrechte

PRESSEINFORMATION

Menschenrechtsbefund 2020: Menschenrechte in Bedrängnis?

COVID-19 und die Grundrechte, die rigide Flüchtlingspolitik der österreichischen Bundesregierung, der Status von – insbesondere im Ausland beschäftigten – Arbeitnehmern in Bezug auf ihre Rechte im Unternehmen sowie die aus dem Terroranschlag in Wien resultierenden gesetzlichen Vorhaben der Politik: Das sind die Themenschwerpunkte der Österreichischen Liga für Menschenrechte anlässlich der Veröffentlichung ihres Menschenrechtsbefundes 2020.

Wien, 10. Dezember 2020 – Heute ist der Tag der Internationalen Menschenrechte. Für die Österreichische Liga für Menschenrechte ist dieses Datum alljährlich der Anlass, ihren Befund zur aktuellen Lage in Österreich zu präsentieren. So auch dieses Jahr. Dennoch muss festgehalten werden: 2020 war ein Jahr wie kein anderes. Kaum jemals hat ein einziges Thema weltweit alle Bereiche des Lebens so dominiert wie COVID-19 das mittlerweile seit vielen Monaten tut.

Corona hinterlässt Spuren

Selbstverständlich haben die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben auch im Befund 2020 ihren Niederschlag gefunden. Denn die Krise, so Barbara Helige, Präsidentin der Österreichischen Liga für Menschenrechte, hat, was das Grundrechtsbewusstsein betrifft, viele Fragen aufgeworfen. Darf es sein, dass unter dem Titel der Dringlichkeit von Maßnahmen der Gesetzgeber sozusagen *overruled* wird? Braucht es nicht eine seriöse Diskussion, wenn Menschenrechte zueinander in Konkurrenz treten? Auch die Auswirkung der Maßnahmen zur Corona-Bekämpfung auf armutsgefährdete Menschen, auf die mangelnde rechtliche Verankerung von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten in Österreich sowie – ganz wichtig – die psychische Gesundheit sind Schwerpunkte im vorliegenden Befund.

Auf geflüchtete Menschen nicht vergessen!

„Es gibt“, meint Barbara Helige im Rahmen der Online-Presskonferenz zur Präsentation des Berichts, *„aber noch viele Themen jenseits von Corona, die uns aus menschenrechtlicher Sicht ‚unter den Nägeln brennen‘. Sie dürfen einfach nicht ins Hintertreffen geraten.“* Und insofern legt der Menschenrechtsbefund 2020 den Finger auch wieder auf grundrechtliche Wunden, die leider schon lange schwären – mit wenig Aussicht auf baldige Heilung. Zu nennen ist hier die Asyl- und Fremdenrechtsproblematik, in der unter dem Stichwort „Moria“ die österreichische Bundesregierung ein bemerkenswertes Beispiel an Menschenverachtung an den Tag legt. Obwohl das Thema mit den fallenden Temperaturen an Brisanz noch zugenommen hat, ist es aus den Schlagzeilen verschwunden. Umso wichtiger, sich mit der österreichischen Flüchtlingspolitik an den

Außengrenzen zu befassen, wie es Angelika Watzl, im Vorstand der Österreichischen Liga für Menschenrechte und ausgewiesene Expertin für Flüchtlingspolitik, tut. Ihre Conclusio: *„Europa steht still in der Flüchtlingspolitik, Bemühungen von Österreich, dagegen etwas zu unternehmen, sind nicht wahrnehmbar.“*

Heißes Eisen „Business & Human Rights“

Nicht viele in diesem Land verfügen über ein breiteres Wissen in Menschenrechtsfragen als Heinrich Neisser, u.a. Bundesminister a.D., Lehrender an den Universitäten Wien und Innsbruck und nicht zuletzt langjähriges Mitglied des Vorstands der Liga. Mit „Business & Human Rights“ hat er sich ein Themengebiet gewählt, das ein politisch durchaus heißes Eisen darstellt. So ist die in der Schweiz seitens der „Konzernverantwortungs-Initiative“ angestrebte Volksabstimmung zugunsten des verbindlichen Schutzes von Menschenrechten und Umwelt in Unternehmen im In- und Ausland zwar knapp gescheitert, gewisse daraus folgende Fortschritte konnten aber erzielt werden. Welche Folgen die Globalisierung auf die (Menschen-)Rechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hatte und welche Ansprüche an die Unternehmenskultur zu stellen sind: Heinrich Neisser liefert nicht nur die Analyse, er bringt auch Vorschläge und Ideen ein.

Kriminalpolitik mit kühlem Kopf

Die Politik hat auf den Terroranschlag am 2. November umgehend reagiert und verschiedene sicherheits- bzw. kriminalpolitische Vorhaben angekündigt. Friedrich Forsthuber, Präsident des Landesgerichtes für Strafsachen Wien und Mitglied des Netzwerks Kriminalpolitik, warnt vor Schnellschüssen: *„Grund- und Menschenrechte müssen stets den Maßstab und die Grenzen des Strafrechts bilden.“* Gerade bei spektakulären Straftaten dürfe nicht anlassbezogen, unüberlegt und emotional reagiert werden. So brächte etwa die Einführung einer Sicherungshaft die Gefahr mit sich, Menschen die Freiheit zu nehmen, weil sie ohne Anlasstat – durch wen auch immer – als gefährlich eingestuft werden. Mit einer vernunftgeleiteten und faktenbasierten Kriminalpolitik würde man nicht nur den Grundrechten entsprechen, sondern es wäre auch möglich, die Demokratie und ihre Werte zu steigern.

Die vollständigen Beiträge können im Menschenrechtsbefund 2020 nachgelesen werden – dieser ist unter <http://www.liga.or.at/projekte/menschenrechtsbefund/> zu finden.

Österreichische Liga für Menschenrechte

Die Österreichische Liga für Menschenrechte setzt sich für die Umsetzung und Einhaltung der Menschenrechte ein. Sie greift aktuelle Themen auf und setzt sich in Veranstaltungen, Projekten und durch Öffentlichkeitsarbeit mit menschenrechtlich relevanten Themen auseinander. Das Büro steht überdies allen Ratsuchenden als Anlaufstelle bei individuellen Anliegen im Bereich von Menschenrechten zur Verfügung und bietet Orientierungshilfe bei Rechtsfragen.

Siehe auch: www.liga.or.at

Facebook: www.facebook.com/osterreichische.menschenrechte

Twitter: @LigaMagazin

Twitter: @liga_at

Rückfragen:

Österreichische Liga für Menschenrechte

Vera Kriskche

admin@liga.or.at

Tel.: 0676 360 9463